

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Entschlossenheit der Bergarbeiter.

Die Micum greift ein.

Bochum, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Man kann sich offenbar im unbefetzten Deutschland und besonders in den Kreisen der Reichsregierung nur eine recht unklare Vorstellung von der psychologischen Einstellung der Massen des Ruhrgebietes machen, woraus sich allein das wirkliche Staunen erklärt, mit welchem die Ablehnung des Schiedsspruches der Berliner Schlichtungskammer für den Ruhrbergbau aufgenommen worden ist. Wie so vieles seit Beginn des passiven Widerstandes, hat bei den zuständigen Stellen auch die in der Tat beispiellose Entrüstung aller Bevölkerungskreise im beetzten Gebiet über den Schiedsspruch erhebliche Ueberraschung ausgelöst. Nach den halbamtlichen Mitteilungen der Telegraphenbureaus hat die ebenso einmütige wie entschiedene Ablehnung durch die Bergarbeiter „starkes Aufsehen“ in Berlin hervorgerufen. Dazu aber lag keinerlei Veranlassung vor; denn ein einfacher Vergleich des letzten Schiedsspruches mit dem vorhergehenden hätte bei nur geringer Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in Deutschlands Kohlenflöze mindestens zur Vermutung führen müssen, daß auch diesen Schiedsspruch das Schicksal des Entscheidenden des Reichsarbeitsministers vom 3. Mai ereilen würde.

Gewiß, der neue Schiedsspruch brachte die grundsätzliche Anerkennung der Siebenstundenschicht für die Arbeiter unter Tage, die Achtschundenschicht für die übrigen Bergarbeiter. Das ist ein Erfolg, der restlos anerkannt wird. Aber diese grundsätzliche Anerkennung wird praktisch wieder aufgehoben durch die weitere Bestimmung des Schiedsspruches, wonach unföndbar bis zum 31. März 1925 „Mehrarbeit“ geleistet werden soll, ohne daß hierfür eine besondere Vergütung erfolgt. Außerdem bringt der Schiedsspruch noch eine Anzahl neuer Verschlechterungen für die Arbeiter, worüber insbesondere die Kokereiarbeiter empört sind, deren schwere Arbeit im Schiedsspruch vom 28. April auf 56 Stunden wöchentlich herabgesetzt, jetzt aber auf 65 Stunden erhöht worden ist. Daneben steht noch die gänzlich unzureichend gelöste Lohnfrage, die auch die bescheidensten Wünsche der Bergarbeiter unbefriedigt läßt. Die Redner auf den Reichskonferenzen aller Bergarbeiterorganisationen erklärten, daß aller bisheriger Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterschaft umsonst gewesen wäre, wenn die Bergarbeiter diesem Schiedsspruch zustimmen würden. Die einzige Antwort unter solchen Umständen war die Ablehnung und die Fortsetzung des Kampfes bis zum Ende.

Die Presse im beetzten Gebiet hat nach anfänglichem Schwanken fast ausnahmslos die Sache der Bergarbeiter zu der ihren gemacht. Es wäre daher das schlimmste, was der Bergarbeitergesellschaft passieren könnte, wenn es den Kommunisten gelänge, genügend Totsköpfe für die Ausführung ihrer „Propaganda der Tat“ zu finden. In Millionen von Flugblättern — Moskau läßt sich diesen Kampf schon etwas kosten! — werden die Arbeiter aufgefordert, „plan-

mäßige Beschlagnahmen“ vorzunehmen, und in den Stadtverordnetenversammlungen erklären die kommunistischen Vertreter, sie würden die hungernden Massen auffordern, sich die Lebensmittel dort zu holen, „wo sie zu finden sind“. Der Kampf ist „ein ausschließlich politischer“ sagte ein Vertreter der KPD-Zentrale, weshalb denn auch die üblichen Forderungen Moskaus wiederkehren: Diktatur des Proletariats, Beseitigung des Kapitalismus usw.

Vermutlich hindert die politische Verblendung die KPD, zu bekennen, welchen Dienst sie mit ihrer Propaganda den Unternehmern erweist. Die Rolle der bezahlten Lockspiegel von ehemals haben heute die Funktionäre der kommunistischen Union übernommen — und sie besorgen ihr Geschäft gründlich und dazu noch umsonst. — Dabei ist deutlich zu spüren, wie dem Zechenverband der Boden unter den Füßen heiß wird. Nicht nur, daß entgegen den ursprünglichen Behauptungen der Zechenbesitzer die Kohlenknappheit empfindliche Produktionsstörungen in den übrigen Industrien hervorruft, sondern auch in ihren statistischen Behauptungen werden sie unsicher. So teilt der Bergbauische Verein durch die Telunion mit, daß er unter allen Umständen auf der Verlängerung des Arbeitstages bestehen müsse, weil „die meisten der Zechen, solange die Reparationen nicht auf das Reich übernommen werden, mit Verlust arbeiten“. Bisher hieß es bekanntlich, alle Zechen legen unter den obwaltenden Umständen mehr als fünf Mark pro Tonne Kohle zu. Jetzt ist der Ton ein schon wesentlich anderer und kommt der Wahrheit auch schon näher. Trotzdem wird auch diese neue Kundgebung ihren eigentlichen Zweck verfehlen, weil sie eben auf die Ungläubigkeit der breiten Volksschichten stößt.

Die Micum beschlagnahmt.

Paris, 20. Mai. (WTB.) Havas berichtet aus Düsseldorf: Um die Fortsetzung der Versorgung der Eisenerzländer und der Eisenbahnregie im beetzten Gebiet mit Kohle sicherzustellen, hat die Micum beschlagnahmt, einen Teil der den Ruhrgruben gehörenden Koks- und Kohlenlager mit Beschlagnahme zu belegen. Aus Frankreich werden Ladungsmannschaften herangezogen werden.

Die Lage im Bochumer Bezirk.

Bochum, 20. Mai. (TL.) Durch die Ablehnung des Berliner Schiedsspruches auf den Ruhrkonferenzen der Bergarbeiter ist die Lage im Bochumer Bezirk sehr kritisch geworden. Auf keiner der Zechen sind die Bergarbeiter gestern angefahren. Auf diesen Zechen blieben die Arbeiter fern, die noch in der vergangenen Woche Rosslandsarbeiten ausführen. Auf verschiedenen Zechen wurden gestern auch Beamte gehindert, Rosslandsarbeiten auszuführen.

Dortmund, 20. Mai. (WTB.) Der Hoerde-Berein Phönix macht durch Anschlag bekannt, daß er von morgen ab die gesamten Betriebe wegen Kohlenmangel stilllegt.

Eine Rede des Genossen Löbe.

Breslau, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Löbe sprach vorgestern in einer Versammlung des Breslauer Parteiver eins über die nächsten politischen Entscheidungen. Er betonte, daß der Wunsch in der Partei allgemein sei, den Deutschnationalen es jetzt nicht zu ersparen, die Undurchführbarkeit ihrer bisherigen Außenpolitik selbst zu beweisen. Es sei aber etwas anderes, ob man den Deutschnationalen selbst die Kabinettbildung überlasse oder ihnen die Möglichkeit der Beteiligung an einem Kabinett der übrigen bürgerlichen Parteien eröffne. Wenn Hergt gerade auf die Uebernahme des Reichskanzlerpostens dränge, so müsse man auch an die Möglichkeit denken, daß sie eine parlamentarische Mehrheit nicht finden und dann doch die Macht gegen den Reichstag zu behalten suchen. Dann wäre auf scheinbar legitimen Wege das Ziel der Münchener Ausschüsse, das Ende der Demokratie, erreicht. Dazu dürfen wir unsere Hand nicht bieten. Sollte der Versuch des Bürgerblocks nicht scheitern, so müssen wir diesem rechtsradikalen Diktaturversuch eine Regierung der Mitte vorziehen. Zusammenfassend fordert Genosse Löbe:

1. Daß die Politik der Partei sich jetzt auf einige durchführbare Punkte konzentriere, und zwar zunächst die Annahme des Sachverständigengutachtens. Dadurch müsse dem Umschwung in Frankreich Rechnung getragen werden, den selbst der deutschnationale Professor Hoehlich für eine der größten Wendungen der Weltgeschichte erklärt hat.
2. Gerechtere Lastenverteilung als bisher, wobei das Sachverständigengutachten mit seiner scharfen Kritik der bürgerlichen deutschen Finanzpolitik eine gewisse Unterstützung bietet.
3. Sammlung der außerparlamentarischen Kreise der republikanischen Bevölkerung nach dem Muster der erfolgreichen Breslauer Gegenkundgebung vom Sonntag.
4. Vorbereitung und Durchführung des Volksschiedes über den Achtstundentag.

Eine Festslegung der Fraktion in der Frage der Regierungsbildung, wie sie vereinzelt in Breslau gefordert worden war, durch den Parteitag lehnte Genosse Löbe als eine gefährliche Bähmung der Aktionskraft der Partei energisch ab. Niemand wünsche gegenwärtig den Eintritt der Sozialdemokratie in eine Regierungskoalition im Reich, aber ebenso verfehlt wäre es, wenn wir uns gegenüber einem rechtsradikalen Diktaturversuch schon jetzt selber die Mitübernahme der Macht und der Abwehr verbauen würden.

Fort mit § 218!

Ein Nachwort zum Prozeß Heiser.

Der 55jährige Apotheker Heiser, der der Staatsanwaltschaft 400 Namen von Frauen genannt hat, an denen er die Abtreibung mit Erfolg vorgenommen, und der aus freien Stücken außerdem zugab, im Laufe von vier Jahren in 11 000 Fällen sein Geheimverfahren versucht zu haben, ist zu nur zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Rur?! Allerdings: denn der § 218 bedroht mit einer Strafe von 10 Jahren Zuchthaus denjenigen, der gegen Entgelt einer Schwangeren die Mittel zur Abtreibung verschafft, bei ihr sie anwendet oder sie ihr beigebracht hat.

Gegen die von Heiser genannten 400 Frauen ist ein für die Staatskasse und für das Seelenleben der Angeklagten kostspieliges Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Auf Grund des Emmingerischen Opportunitätsprinzips ist gegen den Apotheker die Anklage nur hinsichtlich 25 der schwersten Fälle erhoben worden. Das Gericht hat angenommen, daß in keinem einzelnen dieser Fälle eine vollendete Abtreibung stattgefunden hat. Heiser ist deshalb nur des Versuches schuldig gesprochen worden. Er hat auch mildernde Umstände zugebilligt erhalten. Der Richter hat ihm geglaubt, daß er wirklich als fanatischer Gegner des § 218 aus idealen Motiven gehandelt habe und im Gegensatz zu seinen Berufskollegen und in erster Linie Berufskolleginnen sich nicht aus Habgier habe leiten lassen. Im Gegenteil: Seine Klientel waren größtenteils Arbeiterfrauen, denen er nicht selten völlig unentgeltlich seine Hilfe angedeihen ließ. Heiser ist aus der Haft entlassen worden, nachdem er ein Jahr zwei Monate Untersuchungshaft erlitten hat.

Das Urteil des Männergerichts über den Angeklagten — es war keine Frau als Schöffe anwesend — kommt einem Freispruch für Heiser nahe, es bedeutet ein Verdammungsurteil gegen den Abtreibungsparagrafen. Der § 218 des Strafgesetzbuches ist gerichtet vom Gericht selbst.

Der Apotheker Heiser hat keine Ideen in Wort und Schrift vertreten, hat sie auch im ausgiebigsten Maße in Praxis umgesetzt und war schließlich auch bereit, sich für sie ans Justizkreuz schlagen zu lassen. Das milde Urteil wird nicht ihm allein überlassen haben. Wer weiß, ob auch jedes andere Gericht seine Handlungen ebenso beurteilt hätte! Der Staatsanwalt, der fünf Jahre Zuchthaus verlangte, hatte von seinem Standpunkte aus und von demjenigen des Gesetzes recht. In dieser Forderung lag wenigstens Konsequenz. Das Gericht, das den Angeklagten nur zu einer milden Strafe verurteilt und ihn nicht mit einer Bewährungsfrist bedacht hat, war nichts weniger als das. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß ein Geschworenengericht den Apotheker ohne weiteres freigesprochen hätte.

Er mag der phantastische Idealist sein, als den ihn Genossin Dr. Wegscheider, die als Sachverständige auszufragen hatte, bezeichnet hat. Er mag sich in „eine fixe Idee“ verrannt haben, wie die Urteilsbegründung sich über ihn ausdrückt. Vom Standpunkte des Gesetzes aber wird er deshalb nicht weniger gefährlich. Im Gegenteil: In den Augen eines Gerichtes, das konsequent auf dem Standpunkte dieses verdammungswürdigen Paragrafen gestanden wäre, hätte er um so gefährlicher erscheinen müssen, denn die Fanatiker sind doch immer die gefährlichsten, weil sie sich in ihrer Tätigkeit keine Hemmung auferlegen.

Weshalb ist nun das Gericht zu einem so milden Urteil gelangt? Es hat nicht zu einem Freispruch kommen können, weil es an dem Buchstaben des Gesetzes gebunden ist. Es hat dem Buchstaben des Gesetzes nicht folgen können, weil es sich des Gutachtens des Professors Dührken nicht hat verschließen dürfen. Der aber sprach nicht allein als Arzt — er war Mensch und Richter zugleich. Er sprach sein vernichtendes Urteil über den § 218 aus. Und diesem Urteil mußten sich die Richter fügen, wenn nur noch ein Funken menschlichen Mitfühlers in ihnen war. Eines Mitfühlers nicht mit Heiser, sondern mit den 25 Zeuginnen, die im Namen der Frau, der namenlosen Duderin, der Frau aus der ganzen zivilisierten Welt, für sich plädierten und gegen die Männerwelt Anklage erhoben. In schlichten Worten offenbarte eine der Zeuginnen die Tragik vieler: „Mein Bräutigam drohte mir mit Erschießen“, erklärte sie unter Tränen, „dann hast du ein Kind und keinen Mann. Die Eltern drohten mit dem Hinauswerfen, da hätte ich ins Wasser gehen müssen. Heiser wurde so mein Lebensretter.“

Hier ist nur ein Teil der Motive für die Abtreibungen bloßgelegt. Der Mann will nicht das Kind, die Eltern der Schwangeren wollen nicht die „Schande“, die zukünftige Mutter beginnt selbst zu glauben, daß das uneheliche Kind eine „Schmach“ ist. Ist sie denn nicht wirklich in den Augen vieler immer noch eine „Schmach“? Das ist fiesliche Not der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes.

Stärker wirkt die soziale Not in ihrer schärfsten Form. Die bereits Lebenden finden nicht die menschennotwendige Nahrung und Wohnung. So wird es Pflicht gegen sich selbst und gegen die bereits vorhandenen Kinder, auf Nachwuchs überhaupt oder weiteren Nachwuchs zu verzichten. Die Fortpflanzungsfähigkeit wird zum Quell der beständigen Angst um die eigene Zukunft. Der Staat steht machtlos da, nicht nur, weil er nicht helfen will, sondern weil er auch nicht helfen kann. Er ist nicht imstande, den im Mutterleibe sich regenden zukünftigen Bürgern ein Existenzminimum zu gewährleisten, er ist auch nicht in der Lage, vor Degenerationen,

Die Regierungsbildung.

Ein mißglückter Versuch der Deutschnationalen.

Die „Germania“ teilt zur Frage der Regierungsbildung mit:

In die Verhandlungen der Mittelparteien pläzte gestern eine Einladung der Deutschnationalen an das Zentrum, die Bayerische und die Deutsche Volkspartei zu einer Besprechung am Mittwoch über die Regierungsbildung hinein. Die Demokraten sind zu dieser Sitzung von den Deutschnationalen nicht eingeladen worden. Die Mittelparteien sind aber über- eingekommen, Verhandlungen mit anderen Parteien nur in gegenseitigem Einverständnis aufzunehmen. Deshalb ist nicht anzunehmen, daß die Zentrumspartei dieser Einladung folgen wird. Im Zentrum herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Führung der Politik nur bei der Mitte liegen kann, daß aber keine Mitarbeit abgelehnt werden soll, die sich in das außenpolitische Programm der Mittelparteien einfügt.

Die Einladung der Deutschnationalen verfolgte offenbar den Zweck, die Arbeitsgemeinschaft der Mittelparteien zu sprengen und die Führung zu übernehmen. Nach der Meinung der „Germania“ ist anzunehmen, daß der Versuch mißglückt ist.

Im Reichstag haben am Vormittag die Fraktionen der Deutschnationalen Partei, des Zentrums und der Demokraten zu ihren Sitzungen zusammen. Bei der Deutschnationalen Partei wurde ebenso wie bisher schon beim Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei die formelle Konstituierung durch Neuwahlen des Vorstandes bis zum Zusammenritt des Plenums aufgeschoben. Der bisherige Vorsitzende der Fraktion, Abg. Hergt, erstattete sofort nach Eröffnung der Sitzung einen eingehenden Bericht über die schwebenden Fragen.

Wie „ADZ“ erfährt, wird Reichstagspräsident Löbe heute nachmittags um 5 Uhr mit den Parteiführern des neuen Reichstags über die endgültige Festsetzung des Einberufungstermins des Reichstags verhandeln. Die Besprechung soll ergeben, ob der 27. Mai als Einberufungstag festgehalten werden kann.

englischer Krankheit, Tuberkulose zu schützen. Er verfügt nicht über die nötigen sozialen Institutionen, um den neugeborenen Kindern physische Aufzucht und seelische Erziehung zu gewährleisten. Trotzdem aber verbietet er die Anpreisung sicherer Mittel gegen die Empfängnis, belegt er mit schweren Strafen zukünftige Mütter, die im Bewußtsein ihrer Mutterpflichten die Geburt eines Kindes verhindern wollen, wirft er ins Gefängnis auch Ärzte, die operativen Eingriff mit sachkundiger Hand vornehmen.

Früher hieß es: die Abwehr gegen den äußeren Feind verlangt ein zahlenmäßig starkes Volk, die Oberste Heeresleitung bedarf des Kanonensutters. Menschen wurden geboren, um in der Vollblüte ihres Lebens hingemordet zu werden. Heute hoffen wir, daß diese Zeit nie wieder kommt. Wir wollen ein gesundes, schönes, Kulturwerte mit Hand und Kopf schaffendes Volk. Wir sprechen von Rassenhygiene. Und aus rassenhygienischen Gründen des kulturellen Aufstiegs des Volkes können wir in der hohen Bevölkerungszahl allein nichts Beglückendes sehen. Es wird schon einmal eine Zeit kommen, wo jedem deutschen Menschenkinde sein Platz an der Sonne gesichert sein wird, darum daß es bald so weit komme, geht unser Sehnen und Schaffen. Heute jedoch sind wir noch weit davon entfernt. Dann aber wird die Bevölkerung und in erster Linie das Proletariat das Glücksgefühl der Vater- und Mutterschaft reichlich auskosten. Denn gibt es für die Frau keinen größeren Verzicht als den, nicht Mutter sein dürfen, und keine größere Bohnen als die, als Mutter sein.

Dieselben Kreise aber, die alles getan haben, das deutsche Volk in das Kriegunglück zu stürzen, die während des Krieges die deutsche Finanzwirtschaft ruiniert haben, die nach der Revolution durch die Sturzflut der Inflation den letzten Rest des Wohlstands des deutschen Volkes hinweggespült haben, die die leibliche und seelische Not des Proletariats und des proletarisierten Mittelstandes bis ins Ungeheuerliche gesteigert haben — dieselben Kreise sind es oft, die sich in eine moralische Pose werfen, die bei ihnen nichts mehr als eine Pose ist, über die Unmoral des Volkes Jeter und Mordio schreiben, raffenern wie sie sind, jedem rassenhygienischen Gesichtspunkte ins Gesicht schlagen, das Kindergebären, koste es, was es wolle, der Frau zur Pflicht machen. Es schert sie verdammt wenig, wie und wann die Kinder später zugrunde gehen.

Die Kommunisten in Fürstenwalde.

Sie rühmen sich ihrer Tat.

Unparteiische Augenzeugen berichten voller Empörung über das mitunter geradezu aufreizende Vorgehen von Schupobeamten gegen jeden, der am Sonntag in Fürstenwalde nicht Festtagsgewänder trug. Da das „Massenaufgebot“ der nach Fürstenwalde geladenen Kommunisten zumeist schon am Bahnhof angehalten und zurückgeschickt wurde, war in der Stadt selbst von ihm wenig zu sehen. Um so mehr fiel das Auftreten einzelner Teile der Schupo unangenehm auf.

Jetzt kommt nun die als Erlaß für die verbotene „rote Fahne“ in Berlin verbreitete pommerische „Volkswacht“ mit einem „Siegesbulletin“, das den „Ansturm der kommunistischen Jugend“ folgendermaßen schildert:

Der Westen Fürstenwaldes war besonders stark durch Schupopolizei gesichert. Hier versuchten alle die, die nicht mit der Bahn nach Fürstenwalde kommen konnten, nach der Stadt durchzubrechen. Im Walde war die Schupopolizei in Schützenlinien ausgeschwärmt, an den wichtigsten Wegkreuzungen standen Lastautos und Maschinengewehre. Trotzdem gelang es den Arbeitern, in kleineren Trupps in die Stadt hineinzukommen.

Pflichtig stürmte die kommunistische Jugend ungefähr 500 bis 600 Mann stark im geschlossenen Zuge in die Stadt. Im Sturmschritt wurde die Kette der Schupopolizei durchbrochen, und nach einem Schupopolizisten wurde ein Holzknüttel, geschwungen von jugendlichen Arbeiterhäufen, über den Schädel. Der Sturm der Jugend ging durch die ganze Stadt, bis er durch diese hundertfachen Schupo aus-

einandergedrungen wurde. Die Schupopolizei ging äußerst brutal gegen alle Jugendlichen vor.

Hier gebietet die Gerechtigkeit zu sagen, daß man von den Schupopolizisten unmöglich verlangen konnte, sie sollten sich von den kommunistischen Knüttelgardien einfach verhaften lassen. Das Vorgehen der jungen Leute, die die Begeisterung der kommunistischen Presse erregen, muß für das Verhalten der Schupopolizisten zum mindesten als mildernder Umstand mit in Betracht gezogen werden. Dabei bleibt selbstverständlich, daß die Schupopolizisten ihre gereizte Stimmung nicht an harmlosen Passanten auslassen durften. Für die Kommunisten aber ist es bezeichnend, daß sie ihre jungen Leute mit Holzknütteln gegen Maschinengewehre schickten!

Fememord und Völkische Freiheitspartei.

Ein unzulängliches Dementi.

Es hat einer mehrmaligen Aufforderung der Presse bedurft, um die Deutschvölkischen zu veranlassen, zu der deutschvölkischen Fememordangelegenheit im Tegeleer Forst Stellung zu nehmen. Auch jetzt geschieht es in völlig unzulänglicher Weise. Der wahre Sachverhalt bleibt den deutschvölkischen Parteimitgliedern auch heute noch vorenthalten. Das aktive Mitglied der deutschvölkischen Freiheitsbewegung Grünte-Becher, das mit mehreren deutschvölkischen Komplizen an dem deutschvölkischen „Oberleutnant“ Müller den Fememord beging und bei dem zwei Ausweise Bulles und Kubes gefunden wurden, wird als Raubmörder bezeichnet. Die deutschvölkische Zeitung will plötzlich weder Grünte-Becher noch Müller kennen und dem Fememörder lediglich auf dessen Verlangen einen Ausweis gegeben haben, um „die für die Unterschlagungen Müllers notwendigen Unterlagen zu beschaffen“.

Diese Darstellung ist eine glatte Irreführung. Sie unterschlägt den Ausweis Bulles, der bei Grünte gefunden wurde und der folgenden Wortlaut hat:

Herr Robert Grünte-Becher ist in unserem Auftrag für die völkische Freiheitsbewegung tätig und hat die Aufgabe, Vorposten zu organisieren. Wir bitten, ihn nach Kräften unterstützen zu wollen.

Doch ein Vorposten sind einen völlig Unbekannten mit der Aufgabe betraut, einen ganzen Bezirk zu organisieren, ist ausgeschlossen. Man wird sich also näher mit der Frage befassen müssen, was es für eine Bewandnis mit dem auffälligen Verhalten der deutschvölkischen Presse und ihrer Hintermänner hat. Die Fememordangelegenheit kann jedenfalls mit diesem irreführenden Abteugnungsversuch für die Herren Kube und Bulle nicht erledigt sein.

Völkische unter sich.

Lange Zeit galt der Breslauer Professor v. Freitag-Loringhoven als der Schriftgelehrte der deutschvölkischen Bewegung, der in der Frage des völkischen Zukunftsstaates maßgebend war. Mit dem Aufwachen der Hysterie begann sein Stern zu verblassen. Hysterie hatte nämlich einen anderen Medizinmann an der Hand mit Namen Gottfried Feder. Feder hat ein Buch geschrieben „Der Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“, das dank der hystereschen Reklametrömmel jetzt an Stelle der Freitag-Loringhovenschen Elaborate den Nationalismus der Völkischen darstellt. Zwischen diesen völkischen Gelehrten ist ein Streit entstanden, der wieder einmal zeigt, wie sehr sich die Völkischen lieben. Befragter Feder läßt im „Deutschen Tageblatt“ einen Artikel vom Stapel, in dem es heißt:

Herr Professor Freitag-Loringhoven hat sich bemüht, das Buch „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ anzugreifen und zu befeuern in der ganz charakteristischen Weise des schon obigen hochmächtigen Jäntlers. Dies hat nun aber noch keinen besonderen Grund. Freitag-Loringhoven hat eine große Wut auf mich als den Verfasser dieses Wertes (das Adolf Hitler den Nationalismus der völkischen Bewegung genannt hat), weil ich dem Herrn Professor in Schwertlin in einer großen deutschnationalen Wählerversammlung eine gewaltige Niederlage beigebracht habe.

Feder schildert das Duell zweier Völkischer vor einem deutschnationalen Publikum anschaulich genug. Freitag-Loringhoven habe die

Wählerversammlung mit einer Vorlesung verwechselt und habe sie durch seinen hochmächtigen dozierenden Ton, durch Ständelgeschichten aus dem Reichstag und durch faule Witze über die Unterhosen der Frau von Dheim gelangweilt. Er (Feder) dodegen habe in seiner Rede bald die Versammlung so in seinem Bann gehakt, daß den Herren und Damen vom deutschnationalen Vorstandstisch (schummerig vor den Augen wurde. Er habe es dem Freitag-Loringhoven ordentlich gegeben. Als er sich „ganz groß und ruhig“ Erörungen der Vorstandsmittglieder verbeten habe, da „brauste ein Beifallssturm durch den Saal“.

Was Wunder, daß der Herr Professor müde und über seine Niederlage doppelt wütend, daß ein Mann, der nicht einmal gewappelter Staatsrechtslehrer war, gewagt habe, ein Buch zu schreiben über den deutschen Staat der Zukunft; so wütend, daß er sich hinsetzte und das Buch nach Strich und Faden herunterriß.

Man muß Feder die Verantwortung dafür überlassen, ob er die moralischen Qualitäten seines völkischen Parteigenossen richtig einschätzt. Im übrigen ist die Geschichte bezüglich für die Mittel, mit denen man im völkischen Lager im allgemeinen und gegeneinander kämpft. In Rorsch und Hinterreppenintrigen erschöpft sich die Politik der deutschvölkischen „Staatsmänner“. Daß sich Professor von Freitag-Loringhoven, diese Zierde der Breslauer Universität, in diesem Milieu wohlfühlt, hat er des öfteren bewiesen.

Der Geschäftsführer der Deutschvölkischen Freiheitspartei Wilhelm Kube, mit dem bekanntlich der Hermsdorfer Fememörder Grünte-Becher in Verbindung stand, setzt sich in der „Rechenburger Warte“ mit den Deutschnationalen auseinander und stellt bei dieser Gelegenheit folgendes fest:

„Bis zum 1. März waren wir in Preußen verboten. Rückwärts verfolgte „Meternich“ Severing jede deutschvölkische Freiheitsbewegung. Der gesamte Polizeiparagraf war gegen uns eingestellt. Unser Bureau war in wesentlichen Teilen mal von Herrn v. Seekt mal von Herrn Severing verfolgt und verschlossen. Als alles nichts half, drohte der Deutschnationaler Direktor Tschermak von der „Deutschen Tageszeitung“, unsere Geschäftsstelle in der Dessauer Straße gewaltsam zu schließen, nachdem drei Tage vorher sein Beauftragter sich die Miete im voraus hatte zahlen lassen. Die Klugheit eines Bandwunddirektors verhinderte im letzten Augenblick die gegen jedes Recht verstoßende Gewalttat eines haßerfüllten deutschnationalen Heißsporns.“

Als Genosse Severing gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei vorging, setzte in der deutschnationalen Presse, allen voran die „Deutsche Tageszeitung“, ein Entrüstungsturm ein. Die Deutschnationalen versuchten die Völkischen in ihrem Schimpfereien noch zu übertreffen und stellten sich als fanatischen Freunde der Völkischen hin. Die Kitz Kubes beweist, daß das alles nur elende Heuchelei war. Und mit einem derartigen Gefindel muß man sich herumschlagen!

„Staatsbürgerliche Erziehung“.

Zu der im „Vorwärts“ Nr. 201 gebrachten Mitteilung, daß in der Berliner Bertram-Realschule der Direktor den Schülern eine die Jugend politisch verhebende Zeitschrift „Die Fanfare“ durch Aushängung eines Werbeplakates empfohlen habe, schickt uns im Auftrage des Lehrerkollegiums der Studentat Dr. Kollenthal folgende Zuschrift:

„Sie haben vor einigen Tagen im „Vorwärts“ berichtet, daß der Direktor der Bertram-Realschule zu Berlin die Jugendzeitschrift „Die Fanfare“ den Schülern seiner Anstalt empfohlen habe. Diese Mitteilung bedarf durchaus der Berichtigung. Dem Direktor der genannten Schule war aus hantburger Schülerkreisen eine Anpreisung dieser Jugendzeitschrift zugegangen, die den Anschein erwecken mußte, daß darin der Versuch gemacht werden sollte, die Jugend in angemessener unpolemischer Form im Sinne des Ministerialerlasses über die Schulgemeinde zu wichtigen Fragen der Gegenwart Stellung nehmen zu lassen. In gutem Glauben hat er, nachdem er sich des Einverständnisses der anwesenden Kollegen, unter denen sich auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Herr Studentat Dr. Witte befand, vergewissert hatte, ein Vokal der Zeitschrift ans „Schworge Breit“ schloßen lassen. Als jedoch nach einigen Tagen eine Nummer der Schrift der Anstalt zugeführt wurde und aus ihrem Inhalt die völlige

Einer armenischen Mutter.

(Eine Erinnerung an den Sommer 1915.)

Von Armin I. Wegner.

Die fremdenfeindliche Politik der neuen türkischen Regierung nach dem Frieden von Buzulme erregt mich auch in einer neuen Wägung gegen die Armenier. Danach ist es unmöglich, von einem vom Schwaben Meer nach Erefele am Mittelrändischen Meerzählenden Linie, also in der eigentlichen Heimat der türkischen Armenier, auf einer mehrere hundert Kilometer breiten Front jedem Armenier verboten, sich anzuhäufeln. (Rev. d. „Vorw.“)

Du läßt mich nicht, als ich abseits stand und dir zuschaute, wie du deine Kinder unter dem hellen Mond auf die staubige Erde leitetest, das Mädchen zur linken Seite des Knaben, und sie einhülltest in die mit buntem Kattun bezogene Decke wie jede Nacht, leit mich dich forttrieb in die Fremde. Wie sie da lagen in tiefer Gebundenheit, den Mund voll Schlaf, die kleinen Hände auf der Decke, die sie zitternd, ein zusammengerolltes Blatt, in das Licht trümmten. Du hastest dich auf die nackte Erde gekauert, zwischen das verbogene Kochgeschirr, das auf dem Boden umherlag, die Augen vor Müdigkeit zugeschlagen, während deine Gedanken noch in der Ferne wanderten, durch die Zimmer desalten Hauses, in dem der Wind und die Stille zu Gast war, bei dem Angesicht dessen, den du liebtest, den sie am Tage hinter einer Mauer erschlugen, bei deinem Bette, das dich warm hielt, auf der löchrigen Diele, die von dem Eingehen der Wiege klang, die von den eisenden Schritten deiner Kinder erbebt. Da warst du, mitten unter dem Lager der Tausende, die mit dem Rauch ihrer Zelte die Ebene füllten, aus der die Wolke der Fieberdünste aufstieg, unter dem Gestirp fremder Menschen, die schwer atmend mit der Brust auf dem Boden lagen, als wären sie mit Gewalt aus der Höhe gestürzt, mit dem gelösten Haar ihrer Frauen, das von den Füßen der Vorübergehenden auf der Erde zertreten wurde, mit unwirklich gewordenen Gliedmaßen, die wie abgehaunene Baumäste umherlagen, deren Seelen noch an den alten Stätten weilten, während ihr Leib im Traum schon wieder auf der Flucht war, fort, fort. Du läßt mich nicht, wie ich ferne stand und hättest du deine Augen aufgehoben, du würdest mich für einen von jenen gehalten haben, die gekommen waren, den schmerzlichen Rest seines Lebens zu vergiften. Mich, der nichts hatte, ein Soldat, arm wie du, und dem es bestimmt war, zu sterben wie dir; derb sein heißes gepieinigtes Herz durch die furchtbaren Felder dieses Krieges trug. Ich aber sah dich, deine geknickte Plünderhose und die liebliche Blässe deines Gesichtes, dein geschütteltes Haar, das Gemäch deiner schwarzen Zöpfe, wie deine Augen zu den Kindern hinüberblitzten, die im Schloße zu lächeln begannen, sah deine vollen Brüste, noch denen ich Verlangen trug, die dem Hunger und der Verwundung gepflegt waren, deine bligame Gestalt, die ich mit zärtlicher Liebe umging, und die tiefe Fratze zwischen deinem Brauen, die der Abend und das Schicksal in deine Stirn gemalt hatten, sah dich voll in

trunk an das Bündel geleht, auf dem du deine Kinder durch die Wüste getragen, von Bahnhof zu Bahnhof, von Gebirgspaf zu Gebirgspaf, von einer Lagerstätte zur anderen, von einer Wasserstelle zur anderen, immer noch gläubig, immer voll Hoffnung. . . und trug dieses Bild mit mir hinüber in das Leben türkischer Zeltlager, unter die frohe Geschäftigkeit der Soldaten, in die Gemeinschaft der Kameraden, in den Tag, in die Arbeit, in die milde Schönheit der Welt — um es nie wieder zu vergessen.

„Hafentreu am helme“ — des Hauptmanns von Kapernaum. Aus Haifa wird der „Voss. Zig.“ gemeldet: Die vom Direktor Gunnar Sommerfeld geführte dänische Palästina-Expedition, an deren Entdeckungsfahrten in das Innere des Landes Ihr Korrespondent teilnimmt, entdeckte gestern in Kapernaum in den Ruinen der bekannten Synagoge aus der Zeit Jesu Christi einen schönen Fries, der als Wandmotiv vier Hafentreuze aufweist. Damit ist ein noller Beweis dafür gefunden, daß das Hafentreuze kein archaisches Symbol ist, zumal andere Fries, die in den Trümmern von Kapernaum entdeckt wurden, Hierogramme, also Jionastierne tragen. Die Expedition fotografierte beide Friesarten.

So sehr sich auch unsere Antisemititen gegen die Vorstellung sträuben mögen: die Möglichkeit, daß auch der Hauptmann von Kapernaum das Hafentreuze am Helm getragen hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Berücksichtigt man ferner, daß die deutschnationalistischen Farben „Schwarz-Weiß-Rot“ vor zwölf, hundert Jahren dem Stamme Levi als Abzeichen für seine Lagerfahne dienten, so vertritt sich immer mehr der Verdacht, daß unter gekamter Nationalismus und Antisemitismus eine jüdische Erfindung ist. Zweck: unheilbare Verblöschung des deutschen Volkes.

Deutsche Korbflecht-Ausstellung in Hannover. Der Wert dieser Ausstellung wird auch dadurch dokumentiert, daß der Reichslustwort Dr. Redstob in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur“, an deren Gründungsansprache hielt, in der er die Bedeutsamkeit bodenwüchsigen Handwerks gebührend herausstellte. Ein Staunen befüllt uns, wenn wir die zierlichen Arbeiten aus dem fränkischen betrachten. Anders gestaltet der Thüringer, anders der Niederlachs. Weltweite Unterschiede bestehen zwischen Nord und Süd. Die Ost-West-Trennung ist minder auffallend. Eine helle Freude hat man an den wunderschönen Arbeiten, ihrer plastisch meist reizvollen Vielgestaltigkeit, ihrer Farbigeit, zaghaften Aufschwüngen, nicht zuletzt an ihrer sauberen Fertigung. Nicht zu Unrecht treten im Rahmen der Ausstellung, die mit Hannover ja den Anknüpfungspunkt der niederländischen Kulturkreise gewählt haben, besonders die Erzeugnisse Niedersachsens hervor. Erst in jüngster Zeit hat die Volkstunde das Korbflechterdorf Dalhausen bei Hörter, an der Weser für sich entdeckt. 80 Proz. der Einwohner verdienen ihren Lebensunterhalt ganz ausschließlich durch Korbflechterei. Am Südhannoverschen werden Rippen geflochten, deren Form fast von Ort zu Ort wechselt. Die Grenzen aber liegen unverschränkt fest, so daß jede Rippenform ihren eigenen Reinen Kulturkreis beherrscht. Auf der Ausstellung befinden sich noch sehr eigenartige Tellerkörbe, zahlreiche Reife- und Wälskörbe in

unterschiedlicher Handwerkschnik, architektonisch anmutende Hundehütten, Knäuelbecher, Papierkörbe usw. Nach einer Mitteilung des Geschäftsführers der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur, Kaiser, ist das Material (Weiden und Birken), aus dem der Korbflechter seine Stücke „schlägt“ oder „zieht“, nicht mehr in deutschem, sondern in polnischem und böhmischem Besitz. Die Strombauverwaltungen, die aus Korrekations- und Sauberkeitsgründen den Anbau der Weiden und Birken an den Ufern der deutschen Ströme bislang unterfagt haben, treten dieser Tage zusammen, sie werden sich der neuen Forderung nicht mehr verschließen, zumal die Qualitätsarbeiten deutscher Korbflechter zu 90 Proz. nach Amerika exportiert werden. Besonders die Ufer der Weser, sowie das Teufelsmoor bei Bremen eignen sich zur Anlage von Weiden- und Birkenkulturen trefflich. An der Ausstellung, die mehrere Wochen dauert, sind außer dem Rheinland und Baden sämtliche Landeshaupten Deutschlands beteiligt.

Was ein Sowjetbeamter wissen muß. Nach einem Bericht der Moskauer „Iswestija“ hat Trocki bei einer Ansprache, die er in der Generalfeldakademie hielt, genau angegeben, welche Fähigkeiten ein richtiger Beamter der Sowjetregierung haben muß. Wie in jeder Hinsicht ist er darin nicht gerade anspruchlos und verlangt, besonders von den im Außendienst tätigen Vertretern, folgendes: „Eine genaue Kenntnis der Sprache der östlichen Völker, für die die Beamten bestimmt sein werden; eine genaue Kenntnis der westlichen Länder, mit denen sie in Beziehung treten; eine Kenntnis der marxistischen Regeln über die Umrüstung des Klassenkampfes zu dem Zwecke der Hervorbringung von Revolutionen; endlich die Fähigkeit, einen unorganisierten Zustand des Proletariats auf eine militärische Grundlage zu stellen.“ Man sieht also, daß es keine leichten Aufgaben sind, die die Sowjetvertreter noch „so nebenbei“ in den Ländern, in denen sie tätig sind, zu erfüllen haben.

Vollsbühne G. B. Bei der Renzfeier der Vollsbühnenjugend am Mittwoch, 21. abends 7 1/2 Uhr, in der Hochschule für Kunst am Zoo, wird Agnes Schulz-Schäferfeld Neben von Schubert und Mendelssohn singen, eine Kammermusikvereinigung wird das Korenkontinuität zu Gehör bringen, Karl Vogt rezitiert Gedichte von Goethe, Dehmel, Joch usw. Der „Sprecher“ für proletarische Feiern, unter Leitung von Albert Florath, bricht Schlußans „An die Erde!“ — Karten zu 70 Pf. an der Abendkasse.

Illu-Mäcker der Vollsbühne G. B. Die am kommenden Sonntag, 11. Uhr vormittags, im U. L. Alexanderplatz stattfindende Pünktlicher bringt u. a. eine Vorführung der vorklassischen Farbenspiele von Ludwig Dirksfeld-Rad (Staatliches Bauhaus Weimar), mehrere Akte aus den besten deutschen und ausländischen Spielführern (Polstischka, Scherben usw.), sowie einen Naturfilm und einen Zeichnerfilm. Einlaßkarten zum Preise von 1.— in den Verkaufsstellen der Vollsbühne.

Ja der Vollsbühne (Theater am Ballonplatz) findet Montag, den 26. abends 7 Uhr, die Uraufführung von „Baquelet“, „Kämen“ statt. Regie: Erwin Wikator; Bühnenbild: Eduard Suhr; Musik: Wolfgang Keller. — Nach dem gekamten künstlerischen Personal der Vollsbühne mit Paul Wendt als „Edick“, Ferdinand Steinhofer als „Linge“, Johanna Roschauer und Julius Tschö als „Chepaar Seliger“, vielen in der Reuinszenierung Vermine Steiner (Rina von Zandt), Werner Dolmann (Christ. Schure), Leonard Stefel (den Baal), Werner und die Herren Josich, Buch, Denningmann, Gorian, Lübbert und Wäpfer beteiligt.

Unreife, Ueberheblichkeit und Phrasenhaftigkeit der darin zu Worte gekommenen Verfasser hervor, wurde das Plakat auf Anordnung des Direktors sofort entfernt, und diese Nummer blieb die einzige, die in die Räume der Anstalt, und zwar nur in das Lehrzimmer, Eingang gefunden hatte. Die Behörde der Bertram-Realschule hat im Einklang mit ihrem Direktor einmütig eine derartige Jugendschrift abgelehnt. Wir bitten Sie ergebenst, diese Zeilen unverzüglich zum Abdruck zu bringen; auch Sie werden sicherlich nicht den Wunsch haben, daß aus der Darstellung Ihres Gewährsmannes unrichtige Schlüsse auf das Verhalten unseres Direktors gezogen werden.

Es wird auch durch diese Berichtigung zugegeben, daß der Direktor das Werbeplakat ausgehängt und dadurch die Schüler auf die Zeitschrift aufmerksam gemacht hat, ohne sie gelesen zu haben. Auch das Schreiben sagt, daß der Direktor erst einige Tage nach Aushängung des Plakates eine Nummer der Zeitschrift zugesandt erhielt, nun erst die völlige Unreife, Ueberheblichkeit und Phrasenhaftigkeit sah und darauf die Zurückziehung des Plakates anordnete. Wir glauben, daß die im „Vorwärts“ gegebene und durch die Zuschrift nur bestätigte Darstellung zu durchaus richtigen Schlüssen auf das Verhalten des Direktors geführt hat. Daß er wenigstens nachher die Zeitschrift ablehnte und die Behörde ihm einmütig darin bestimmte, verstand sich von selber. Dr. Rosenthal schreibt, vorher sei die Gesamtheit der anwesenden Kollegen, auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. Witte, mit der Aushängung des Plakates einverstanden gewesen. Auf Anfrage teilt Genosse Dr. Witte uns mit, daß diese Angabe der Berichtigung bedarf. Er habe erklärt, man müsse doch die Zeitschrift erst mal sehen, um sie kennenzulernen. Das ist doch wohl das Gegenteil von „Einerklärung“ mit dem, was dann der Direktor tat! Wie berechtigt das Mißtrauen und die Vorfeldt unseres Genossen Dr. Witte war, dürfte auch der Direktor begriffen haben, aber leider erst hinterher, als er die Zeitschrift kennen lernte.

Wir wiederholen: Von dem Unterrichtsminister erwarten wir ein Verbot, die Zeitschrift in den Schulen zu verbreiten. Gegen Zuwiderhandelnde ist disziplinarisch einzuschreiten.

Keine Koalition, aber Unterstützung. Eine Erklärung Renaudels.

Marseille, 20. Mai. (WZB.) Der neugewählte sozialistische Abgeordnete Renaudel erklärte einem Redakteur des „Petit Provençal“, die Sozialisten würden keine Koalition unterstützen, durch die die Grundzüge des Nationalen Blocks beibehalten würden. Er habe schon am Abend der Wahl erklärt, daß sich die sozialistische Partei an der Regierung nicht beteiligen werde. Ohne Hintergedanken möchte er aber jetzt hinzufügen, daß er eine Regierung unterstützen würde, die sich an einer Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus, an der für Europa so nötigen Friedenspolitik energisch beteiligen würde. Für den Augenblick werde also die sozialistische Partei in die Regierung nicht eintreten; würde sie es tun, so würde das nicht ohne Gefahr für ihre Einheit und infolgedessen auch für die Regierung selbst sein. Das habe man schon 1917 gesehen, und es wäre unklar, diesen Zustand wieder herbeizuführen, es sei denn, daß dies neue gebietliche Notwendigkeiten erforderten. Die „Unterstützungspolitik“, wie er sie nennen möchte, werde die einstimmige Billigung der Partei finden, wenn man sich einer homogenen radikalen Regierung gegenüber befände, die rasch handle.

Für Frieden und Verständigung. Eine Erklärung Crispian.

Paris, 20. Mai. (WZB.) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Crispian hat einem Vertreter des „Excessif“ in einer Unterredung, in der er auch den sozialdemokratischen Vorschlag einer Volksabstimmung erwähnte, über die Annahme des Sachverständigenberichts u. a. erklärt, die Sozialdemokratische Partei stehe auf dem Standpunkt, daß die Reparationsfrage und infolgedessen die Frage des Sachverständigenberichts von größter Wichtigkeit sei und daß infolgedessen unter allen Umständen eine Lösung erzielt werden müsse. Die Sozialdemokratie sei der Überzeugung, daß eine gewissenhafte Ausführung der Sachverständigenvorschläge allein Deutschland die politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit verschaffen könnte. Der Erfolg der außerlichen Reden am 4. Mai sei nur vorübergehend, die republikanische Idee habe feste Wurzeln im deutschen Volk. Die demnächstige Regelung der Reparationsfrage werde zweifellos politischen Abmachungen mit dem republikanischen Frankreich den Weg ebnen. Die deutschen Sozialisten hoffen, daß die neue französische Regierung sich für die Herstellung dauerhafter Beziehungen zwischen den beiden Ländern aussprechen werde.

Das belgisch-italienische Einvernehmen. Warnung an Deutschland.

Mailand, 20. Mai. Der „Corriere della Sera“ schreibt zum Abschluß der belgisch-italienischen Ministerzusammenkunft: Praktisch ist die übereinstimmende Auffassung der Wiedergutmachungsfrage durch die belgische und die italienische Regierung nunmehr zur diplomatischen Einheit gereift. Der von der italienischen Regierung reiflos angenommene Expertenbericht bildet die Grundlage dieser Unterhandlungen. Die beiden Regierungen stellen noch einmal fest, daß der Expertenbericht gut und praktisch ist und nicht nur die Grenzen dessen bestimmt, was Deutschland leisten kann, sondern Deutschland auch zur Erfüllung verpflichtet. Deutschland wird daher in der amtlichen Mitteilung gewarnt, nicht eine Politik der Ausschüchtelei einzuschlagen, gegen die sich alle Alliierten wenden würden, indem sie den Expertenbericht als einen Ausgleich der früheren Meinungsverschiedenheiten und nicht als eine neue Verhandlungsgrundlage betrachten. Italien und Belgien betrachten die Wiedergutmachungsfrage vom wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt aus, frei von jeden politischen Hintergedanken, die Deutschland als Vormand dienen könnten, um seine Gläubiger nicht zu befriedigen.

Wirtschaftskrise und Börse.

An der heutigen Börse zeigten sich die Abschwächungen weiter fort. Die Krise im Ruhrbergbau nimmt Formen an, die die Börse die ernsthaftesten Folgen für das Wirtschaftsleben befürchten lassen. Täglich gehen viele Millionen Goldmark verloren, abgesehen von der stetig anwachsenden Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet. Der Geldmarkt bleibt im großen und ganzen ziemlich gleich. Täglich wird mit 1/2 pro Mille angeboten. Am Devisenmarkt setzte der französische Frank seine Abwärtsbewegung weiter fort. Er wurde im Laufverkehre mit London gegen 12 Uhr mit 81 Geld gehandelt.

Zur Wiederoberholung Bohlenbergs wird gemeldet, daß die Ermittlungen der politischen Polizei abgeschlossen sind. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters aus Stargard ist die ganze verhaftete Gesellschaft nach Stargard in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden.

Freibad Wannsee.

In der Öffentlichkeit ist jetzt viel vom Freibad am Wannsee die Rede, das die Stadt Berlin in eigene Verwaltung übernehmen will und dessen Pläne vorläufig bis zur Errichtung der Neubauten geschlossen sind.

Im Jahre 1907 begann ein kleiner Kreis von Badefreunden am Wannseegebirge zu bilden. Zuerst wurden diese Badegäste mit polizeilichen Straßmandaten bedacht, als aber der Kreis immer größer wurde und ihr Beispiel Nachahmung fand, entschlossen sich die „polizeilich vorbestraften“ Badegäste unter Führung des späteren Pächters des Freibades, eine Petition an den damaligen Landrat v. Stubenrauch zu richten, der das Baden verkehrsweise freigab. Hunderttausende strömten alsbald nach Wannsee, so daß die Eisenbahn kaum den Massenandrang bewältigen konnte. Natürlich fanden sich unter den Tausenden der Erholungsuchenden auch solche ein, die andere Zwecke verfolgten, die dem Freibadgedanken, der sich nun Bahn gebrochen hatte, schädlich waren. Behördlicherseits war bereits die Aufhebung des Freibadeprovisoriums erwogen worden. Es war ein Verdienst des späteren Pächters, daß er sich dafür einsetzte, das Badewesen in geordnete Verhältnisse zu bringen. Es wurde von ihm der Freibadverein gegründet, der sich nach Durchführung der Verhandlungen mit der Regierung wieder auflöste. Die Potsdamer Regierung billigte die Vorschläge, die auf Schutz des Publikums vor Diebstählen und ein gereinigtes Aus- und Ankleiden unter Schutzhallen abzielten. 1908 erteilte sie die Genehmigung zur Errichtung von 6 großen Hallen, gefondert für beide Geschlechter. Um allen Wünschen Rechnung zu tragen, wurde dann die Badefläche in Damen-, Familien- und Herrenbad eingeteilt. Das so entstandene Freibad wurde im Mai 1908 dem Publikum zugänglich gemacht. Dem Pächter wurde eine gewisse Verantwortung für die Wahrung der Bademoral übertragen. Es war eine schwere Aufgabe, das Publikum an die Beachtung der notwendigen Grenzen des Anstandes im Badefotium zu gewöhnen, und mehr mit Humor und Bemitleidung als wie mit strafendem Polizeigeist konnte die Erziehungsarbeit bewältigt werden. Allmählich nahm ein größerer Teil der Badegäste selbst Interesse an Selbstschutz gegen Schädlinge. Solange das Freibad Wannsee allein bestand, kam Berlin aus allen Himmelsrichtungen. Erst später entstanden die Freibäder in Grünau, am Rügelsee und am Legefer See. Die wenigsten machen sich eine Vorstellung, was bis dahin beim Ansturm Berlins an einem heißen Tage bei Unfällen, Erledigung von Beschwerden, Verkehrsregelung geleistet werden mußte. In manchem Tage wurden 40 bis 50 Unfälle verschiedenster Art unentgeltlich behandelt. In den ersten 7 Jahren belief sich die Behandlungsziffer auf circa 4000 Fälle. Im Kriege trat an Stelle der Potsdamer Regierung der Zweckverband als Verpächter auf, und 1921 schloß die Stadt Berlin ihren Vertrag mit dem Pächter ab. Die Kriegsjahre bedeuteten auch für das Freibad eine starke Einbuße. Im Jahre 1923 verlangte die Stadt Berlin vom Pächter die Räumung der Freibadefläche. Als Räumungstermin wurde zuerst der 31. Dezember 1923 und dann der 31. März 1924 festgesetzt. Der lange Winter verhinderte die Räumung innerhalb der Frist. Der Stadt Berlin wurde die Uebernahme der Baulichkeiten angeboten. Da aber in zwischen Verhandlungen zwischen der Stadt Berlin und einer Freibadervereinigung schwebten, die sich zur Aufstellung von Neubauten erhoben hatte, bestand dafür kein Interesse. Die Arbeitsverhältnisse verhinderten den rechtzeitigen Abbruchbeginn. Während des Abbruchs zerschlugen sich die Verhandlungen mit der Freibadervereinigung und die Stadt Berlin eröffnete nochmals Verhandlungen mit dem früheren Pächter Frankenthal um leihweise Ueberlassung der noch stehenden Baulichkeiten bis zur Fertigstellung ihrer eigenen Neubauten. Die Verhandlungen mit der Stadt scheiterten daran, daß sie nur 2000 M. und nicht, wie gefordert, 3000 M. für diesen Zweck bewilligen wollte. Bedauerlich ist nur, daß brauchbare Werte, die so lange den Berliner Freibadbesuchern genügt hatten und auf Jahre hinaus zweckmäßig verwendet werden konnten, dem Abbruch gemeißelt werden mußten, von dem weder die Stadt noch die Bevölkerung Berlins augenblicklich einen Vorteil hat.

Der Frauenmord.

Localtermin in der Friedrichselder Straße.

Zur Aufklärung des Frauenmordes in der Friedrichselder Straße fand gestern ein Localtermin statt, zu dem auch der verhaftete Franzose Bonzed vorgeführt wurde. Auf dem Fensterbrett fand man zwei Fußspuren. Eine rührt von den mit Nägeln beschlagenen Schuhen des Verhafteten her, der ja auch selbst angegeben hat, daß er aus dem Fenster gesprungen sei. Eine zweite Spur kann möglicherweise von Kuschlewski herrühren, der durch das Fenster eingestiegen ist. Bonzed behauptet nun, auch die beiden Männer, die ihn überfallen, gestochen und geschlagen und die Frau ermordet hätten, seien durch das Fenster entwichen. Davon sind aber keine Spuren auf dem Fensterbrett zu finden. Der Franzose behauptet, daß die beiden Männer, die er als die Mörder bezeichnet, ihn schon in dem Local beobachtet hätten, in dem Frau Kuschlewski ihm angesprochen habe. Die Beamten der Mordekommission haben nun bei ihren fortgesetzten Ermittlungen auch dieses Local gefunden und durch Zeugen festgestellt, daß die Behauptung Bonzeds unmaßig ist. Der Verhaftete stellte das auch immer so dar, daß nicht er Begleitung gesucht habe, sondern daß er angesprochen worden sei. Auch das ist ihm widerlegt worden. Bonzed, der am 14. aus dem Magdeburger Sammlergesetz entlassen wurde, kam schon am nächsten Tage nach Berlin und trieb sich hier in der Umgebung des Schießens Bahnhofs umher. In den Kreisen war er auch schon mehr oder weniger bekannt. Am Sonnabend abend sprach er in der Gegend mehrere Mädchen an, bis er endlich Frau Kuschlewski in einem Local fand. Diese stand bereits seit 18 Jahren unter der Aufsicht der Sittenpolizei. Das änderte sich auch nicht, als sie vor einem Jahr Kuschlewski heiratete, denn ihr Mann arbeitete nicht, ließ sich vielmehr von ihr ernähren. Er sah ständig in einer Kneipe am Schießens Bahnhof, und dorthin lieferte ihm seine Frau regelmäßig ihren „Verdienst“ ab. Am Sonnabend abend ging das Ehepaar um 8 Uhr von Hause weg, der Mann begab sich in seine Stammkneipe. Um 10 Uhr brachte ihm die Frau die ersten drei Mark, um 11 1/2 Uhr kam sie das zweitemal. Jedemal ermahnte er sie, weil sie dem Alkohol stark zusprechen pflegte, sich nicht wieder zu betrinken, weil sie am nächsten Tag einen Besuch zu machen hätten. Kurz nach 12 1/2 Uhr verließ Kuschlewski die Kneipe, um seine Frau zu suchen. Da erhielt er von dem Mädchen, das unter ihm wohnt, die Mitteilung, daß in seiner Wohnung Krosch sei. Er überraschte Bonzed und fand seine Frau ermordet auf.

„Grüne Heimat“.

Der Rome hat einen verlockenden Klana, denn die Sehnsucht des in die Millionenstadt eingewanderten Menschen nach etwas Grünem ist gewaltig. Trotz des schonen Maiabends war am Montag der große Saal des Bekehrervereinshauses dichtgefüllt von Zuhörern, die über die Ziele des Vereins etwas hören wollten. Der Redner Schade wald führte u. a. aus: Die Grüne Heimat ist eigentlich nur die Fortsetzung längst vorhandener Bestrebungen. Es erklang wohl der Ruf „Jedem Krieger seine Scholle“, und man meinte, der Vater Staat könnte alles, aber wie arm der Staat geworden ist, das sehen wir jetzt erst. Nur wenigen wurde das Glück zuteil, eine Scholle zu erhalten und diese bearbeiten nicht nur Menschen, die Siebter mit Leib und Seele waren, sondern auch solche, die nur Lebensmittel erzeugen wollten. Früher konnte man eher zu einer eigenen Scholle kommen, weil die Kreditbeschaffung leichter war. Es gilt für uns, den Städtern Erleichterungen des Ausfuhrverkehrs und Erholungsmöglichkeiten zu schaffen. Um sich heute einen eigenen Garten anzuschaffen, ist es nötig, ein bis zwei Jahresrenten zu opfern. Laubentkolonien sind nicht das Ideal, weil das für diesen Zweck herangezogene Gelände immer nur kurzfristig verpachtet wird.

Lauergärten zu erlangen, muß das Ziel sein. Da wir wissen, daß uns heute von staatlicher Seite keine Hilfe kommen kann, müssen sich die Gleichgesinnten in die Baukosten teilen. Die Volksführung, die Treptower Sternwarte sind zu entscheiden. Man schuf sie von den Großdenkern der letzten Leute. Diejenigen, die die Einrichtungen benutzen wollen, sollen sie auch finanzieren. Die „Grüne Heimat“ baut ein Uebernachtungsschiff mit 200 Betten, das zu ein- oder mehrtägigen Aufenthalten an Wald und Wasser ausfährt. Ferner will der Verein Sommer- und Wohnlauben mit Garten, wochenweise vermietbare Sommerhäusern und eigene Heime mit eigenen Gärten vermitteln. Er nimmt Stammeinlagen von 10 M. aufwärts und Sparmarken können schon von 25 Pf. an gekauft werden. U. a. treten große Organisationen in ihrer Gesamtheit an den Verein heran.

Soweit die Ausführungen des Redners, der natürlich bemüht war, die Vorzüge des neuen Unternehmens in ein günstiges Licht zu rücken. Vor allem wäre es interessant, etwas über die Garantien zu erfahren, die die „Grüne Heimat“ den Einschaltern zu bieten vermag, sonst wird das sehr romantische Uebernachtungsschiff zu Wasser, bevor es ins Wasser gelassen wird.

Der „Direktor aus Schwabach“. Ein erfolgreicher Heiratschwindler.

Großen „Erfolg“ hatte ein Heiratschwindler in Berlin, der auch in vielen anderen Städten aufgetreten ist. Es gelang ihm stets, auf heiratsüchtige Damen den besten Eindruck zu machen. So näherte er sich der Witwe eines Chemikers, der er sich als Direktor Cremer der Süddeutschen Weinvertriebsaktiengesellschaft in Schwabach vorstellte. Er machte ihr einen Heiratsantrag, der angenommen wurde. Direktor Cremer ließ durchblicken, daß auch seine Aktiengesellschaft unter der allgemeinen Kreditnot zu leiden habe. Nicht etwa, daß sie sich nicht halten könnte. Davon konnte keine Rede sein, aber es sei schade, daß die Geldknappheit eine Ausdehnung des Unternehmens augenblicklich verhindere. Diese Darstellungen und große Gewinnaussichten bei einer Vergrößerung des Betriebes veranlaßten die Witwe, ihrem Bräutigam 100000 Goldmark anzuertrauen, um sie in die Gesellschaft hineinzustechen. Aber damit noch nicht genug. „Direktor Cremer“ bewog sie auch noch ihr Tafelsilber und ihre Schmuckstücke dazuzugeben. Endlich suchte er noch einen Käufer für das Laboratorium des verstorbenen Chemikers, das 80000 Goldmark bringen sollte, und fand auch einen. Diesem aber kam die Sache nicht ganz geheuer vor, und nun schöpften auch die Witwe Verdacht. „Direktor Cremer“ war unterdessen angeblich in Belgien nach Schwabach vertrieben und ließ nichts von sich hören. Die Witwe wandte sich an die Kriminalpolizei und erfuhr jetzt zu ihrem Schrecken, daß er ein gewerbemäßiger der Kriminalpolizei schon länger bekannter Heiratschwindler und Hochstapler, ein 37 Jahre alter Schornsteinfeger Hermann Cremer sei, der in anderen Städten unter den verschiedensten Namen ähnliche Schwindelbetriebe verübt hatte und wegen Betruges mehrfach vorbestraft ist. Cremer ist verheiratet. Seine Frau und drei Kinder leben in der Schweiz. Die Kriminalpolizei ermittelte außerdem seine Berliner Geliebte und beschlagnahmte bei ihr verschiedene Briefschaften. Aus ihnen geht hervor, daß der Schwindler sich nach Brückenberg im Riesengebirge gewandt hatte, um von dort über die böhmische Grenze zu entkommen. Dienststelle B II 1 benachrichtigte scheinunglos die Brückenberger Behörde und so gelang es, den Flüchtigen, der sich dort unter dem Namen „Karl Schulte“ aufhielt, zu verhaften. Er wurde dem Amtsgerichtsgefängnis in Schmieberg eingeliefert, um nach Berlin zurückgebracht zu werden.

Mord an einer Fünfzehnjährigen.

In bestialischer Weise wurde am Sonntag vormittag zwischen 8 und 9 Uhr in einem Fabrik Keller in Leipzig eine 15 Jahre alte Arbeiterin Gertrud Leder ermordet. Gertrud wurde ihr ein goldenes Ring und eine 14karätige goldene Damenuhr im Armband. Der Mörder ist ein 35jähriger aus Leipzig gebürtiger Matrosen Friedrich Otto Krause. Man vermutet, daß er nach Berlin entflohen ist und hier seine Beute zu verkaufen und unterzuziehen. Die geraubte Uhr hat einen Innendeckel aus gelbem Metall, nicht Gold, und auf dem Aufhänger eine Blumenverzierung in Emaille. Mitteilungen werden an die Streife B. I. im Postgepräsidium erbeten.

Englisch und Spanisch. Der Beginn der letzten, neuen Abendkurse für Erwachsene in der Sprachschule für Proletariat ist verschoben worden. Die ersten Stunden finden nunmehr statt: am Mittwoch, den 21. Mai, abends von 8-10 Uhr (Englisch) in Reußhaus, Boblnstr. 22/23 (Gem.-Waldschule) und für das Zentrum am Freitag, den 23. Mai, abends von 8-10 Uhr (Spanisch) und von 8-10 Uhr (Englisch) in der Gemeindehalle, Wipflstr. 2a (Nähe Bahnhof Börse). Anmeldungen können noch am ersten Unterrichtabend abgegeben werden.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Die Mitglieder treffen sich am Mittwoch, den 21. abends 7 Uhr, in der Hochschule für Kultur, Reußhaus, Gde. Gartenbergstraße, zur Teilnahme an der Langfeier. Donnerstag fällt die Übungsstunde aus.

Die Gesangsgemeinschaft Roseberg d'Argento (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet am Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 Uhr, in der Wilhelmstraße, Bernburger Straße, ihr erstes großes Konzert. Zum Vortrag gelangen Chöre und Lieder für Erwachsene und Kinder zur Reform des Überganges und der Stimmbildung. Werke unter anderem von Kaleshina, Wozzeck, Regner, Gabel, Beethoven. Uraufführungen von Roseberg d'Argento und A. Rothstein: Quartett und absolute stimmungsfreie Gesänge, englisch-amerikanische und russische Chöre. Karten sind bei Bote u. Post, bei U. Wertheim (sowie an den Mitgliedern) zu haben.

Grubenbrand in Oberschlesien. Auf dem Albertshacht des Kohlenbergwerks Flora in Dombrowa brach infolge unvorsichtiger Umgehens mit einer Grubenlampe ein schwerer Grubenbrand aus, bei dem ein Arbeiter und neun Pferde den Tod fanden. Der Sachschaden ist groß. Ein Teil des Betriebes ist voraussichtlich für längere Zeit stillgelegt.

Ein schweres Bootunglück ereignete sich Sonntag nachmittag auf der Talperre bei Rauer. Dort kenterte ein mit vier Knaben im Alter von 14 Jahren besetztes Boot; nur einer konnte gerettet werden. Die Leichen der Ertrunkenen konnten bis jetzt nicht geborgen werden.

Italien im hohen Norden. Der Kapitän des Dampfers August Thönnis telegraphierte über die Radiostation Bergen unter dem 15. Mai, daß er auf der Fahrt von Noroit nach Riddellborough treibende Eismassen gesichtet habe.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Unmäßliche Aufheizung, keine erheblichen Niederschläge, am Tage mäßig warm.

Deutschland: In Süddeutschland Gewitter und Abkühlung, sonst meist trocken, Temperaturen in mittlerer Höhe.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis-Vertreter. Donnerstag, 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung in den Arminiushallen, Bernauerstr. 73.
11. Kreis-Schönberg. Die Kreismitgliederversammlung findet nicht morgen, Mittwoch, sondern Donnerstag, 23. Mai, in der Aula Feuersht. statt.
62. Abt. Steglitz. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schulhause, Bernauerstr. 15. Tagesordnung: Die Aufgaben des neuen Reichstages. Referent: Gen. Dir. Vorhansbachler.

Jugendveranstaltungen.

Abt. Köpenick 1 und 2. Heute abends 7 1/2 Uhr, im Groß-Berliner-Saal, in den Kellern, Gde. Bernauerstraße; Vortrag des Genossen Dr. Magnus Siegfried über „Die Probleme der Entlohnungsfrage“.

Gewerkschaftsbewegung

Unmögliche Verhandlungen.

Die Schwierigkeiten bei Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mehren sich. Die Gewerkschaftsvertreter, die im allgemeinen freie Hand für Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit haben, befinden sich gewöhnlich den Unternehmern gegenüber, die ganz offenbar in allen wesentlichen Fragen völlig gebunden sind. Das erschwert nicht allein jede direkte Verständigung, es macht auch die Arbeit der Schlichtungsinstanzen fast zur Unmöglichkeit. Jeder Vermittlungsvorschlag der Unparteiischen stößt auf ein „Unannehmbar“ der Unternehmervertreter, sowie es auch nur um ein geringes über eine bestimmte Grenze hinausgeht.

Vor uns liegt die dritte Ausgabe der Richtlinien für den Abschluß von Tarifverträgen, beschlossen am 16. April 1924, des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. In diesen Richtlinien ist genau vorgeschrieben, wie sich die Unternehmervertreter bei Tarifverhandlungen auch in den kleinsten Detailsfragen zu verhalten haben. Ueber die Arbeitszeit heißt es:

1. Es ist überall in den Tarifen für die Firmen die Möglichkeit zu schaffen, diejenige Arbeitszeit ohne Zustimmung der Betriebsvertretung und ohne Ueberstundenzuschläge anzuordnen, die sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechend für erforderlich halten. Mindestens ist überall die 44stündige Arbeitszeit ohne Ueberstundenzuschläge und ohne Erfordernis der Zustimmung der Betriebsvertretung zu vereinbaren.

2. Für die Fälle der Arbeitsbereitschaft ist im Tarifvertrag eine besondere Vereinbarung zu treffen.

Dieß man diesen Passus, dann wird einem sofort klar, warum die Sechschiffswerften nun schon im dritten Monat die Arbeiter ausgesperrt und dadurch der deutschen Gesamtwirtschaft unermeßlichen Schaden zugefügt haben.

Die Unternehmer schreien so viel über die notwendige Produktionssteigerung. Die Aussperrungen, die während der letzten Monate Hunderttausende auf viele Wochen zur Unfähigkeit verurteilten, haben der Produktion einen weit größeren Schaden zugefügt als eine Verlängerung der Arbeitszeit — und um die ging fast überall der Kampf — selbst in einem Jahre wieder wettmachen könnte, wenn eine Arbeitszeitverlängerung auf die Dauer wirklich eine Steigerung der Produktion ergeben würde.

Aber nicht allein in der Arbeitszeit sind die Vorschriften des Gesamtverbandes so eng umgrenzt. Es gibt überhaupt keine Nebenfrage einer Einzelfrage, über die von der Leitung des Gesamtverbandes nicht eine genaue Vorschrift ausgeht. Es ist geradezu grotesk, wie die Sekretäre des Gesamtverbandes, die selbst weder Unternehmer sind noch jemals in einem Betrieb standen, in bürokratischer Enghirzigkeit selbst Fragen, wie z. B. die Vertretung von Arbeitern, die in Urlaub sind, von oben herab für alle Wirtschaftsgebiete Deutschlands bestimmen. Und damit es ja nicht passieren kann, daß einmal eine Unternehmerorganisation in Botzhaft oder in Offenbarung vielleicht den Arbeitern eine längere Arbeitspause, als von oben vorgeschrieben ist, zugestehen wird verfügt, daß gegen Ueberschreitung der Vorschriften konventionale Strafen festzusetzen sind.

Eine derartige Politik macht jedes Verhandeln unmöglich. Die Gewerkschaften haben es daher mehr und mehr abgelehnt, unter solchen Bedingungen überhaupt Tarife abzuschließen. Sie ziehen vor, betriebsweise vorzugehen, wobei für die Ar-

beiter weit mehr herauspringt als bei den unmöglichen Verhandlungen.

Was wird die Folge sein, wenn die Unternehmer sich weiter von ihren Sündliedern solche Vorschriften machen lassen?

Das können wir bereits jetzt voraussetzen: Die Unternehmerorganisationen werden aufliegen, denn schließlich werden die einzelnen Unternehmer es ablehnen, unter dem fortgesetzten Druck unmöglicher Vorschriften ihre Betriebe aufs Spiel zu setzen.

Es geht aufwärts!

Von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Gochsen wird uns folgendes mitgeteilt:

Am Sonntag tagte im Leipziger Volkshaus die alljährliche Bezirkskonferenz, in der unter anderem auch die Wahlen für die verschiedensten Kommissionen vorgenommen wurden. Die Zusammenkunft der Konferenz beweist, daß auch im Metall-

Die Bergarbeiterhilfe,

die die Ruhrbergarbeiter davor bewahren soll, durch den Hunger besiegt zu werden, sichert den Achtstundentag allen Arbeitern.

Wer schweren, opfervollen Kämpfen vorbeugen will, der opfere jetzt für die Bergarbeiterhilfe.

Der Arbeiterverband die sogenannte Opposition sehr stark im Zurückgehen begriffen ist. Von 82 Delegierten gehören 71 politisch der SPD, 10 der KPD, und 1 der USPD an.

Bei den Abstimmungen über die Wahl der Beiratsmitglieder, der erweiterten und der engeren Bezirkskommission wurde die Vertretung nach der Mitgliederzahl bestimmt. Es wurden lediglich Anhänger der SPD gewählt. Von den am Schluß des 1. Quartals 1924 vorhandenen 148 354 Mitgliedern waren 148 254 vertreten. Davon vereinigten die der SPD angehörenden 140 301 auf sich. Die Delegierten der KPD und USPD brachten es auf 7963 Mitglieder, die sie zu vertreten hatten. Dadurch sind alle Korporationen, die gewählt wurden, nur mit SPD-Metallarbeitern vertreten.

Für Gochsen ist das zweifellos ein Ergebnis, das die Vertreter der KPD nicht erwartet hatten. Sie waren in großer Anzahl als Gäste anwesend, um den völligen Zusammenbruch der KPD festzustellen.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dreher.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Montagabend eine Branchensammlung der Eisen- und Revolverdreher. Der Referent stellte fest, daß das allgemeine Organisationsverhältnis der Dreher als gut bezeichnet werden kann. Gut 4000 Mitglieder sind als fester Stamm zu verzeichnen. Der „Dreherverein“ soll ungefähr 1500 Organisierte zählen; diese Behauptung muß stark angezweifelt werden. Diese Gruppe ist vollkommen ins kapitalistische Fahrwasser gefolgt und hat durch ihre Zerplitterungstendenzen schon viel Schaden bei den Bewegungen angerichtet. Der gesunde Gedanke der Zusammengehörigkeit bei den Drehern bürgt dafür, daß dieser „Dreherverein“ bedeutungslos bleiben wird. Durch Rundfrage wurde festgestellt, daß ein Durchschnittslohn von 80 Pf. in den meisten Betrieben gezahlt wird. Der Beschäftigungsgrad ist noch

schwankend, rund 850 Dreher sind in Berlin arbeitslos. Im großen und ganzen wird in den Betrieben am Achtstundentag festgehalten. Der Redner empfahl, den tariflosen Zustand wieder aufrechtzuerhalten. In der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß dem alten Tarif keine Träne nachgeweiht wird. Einige kommunistische Disfunktionsredner hatten den traurigen Mut, die bekannten Wahlen wieder aufzuziehen und buchten als Erfolg, ihr eigenes Rest beschmutzt zu haben. Koch I., Vertreter des DRB, zeigte an Hand von Beispielen, daß überall dort, wo gute und disziplinierte Organisationsverhältnisse sind, auch die Lohnbewegungen überall zum Wohle der Kollegen ausgingen.

Der Urlaub der Jugendlichen.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der eben aus der Schule entlassene Jugendliche bedarf in ganz besonderem Maße des Schutzes seiner Arbeitskraft. Aus diesem Grunde steht auch der Tarif für die Angestellten des Einzelhandels für Lehrlinge und jugendliche Angestellte folgenden (gegenüber dem der Erwachsenen) höheren Urlaub vor: Lehrlinge und jugendliche Angestellte erhalten im 1. Lehrjahr oder im 15. Lebensjahre 12 Arbeitstage, im 2. Lehrjahr oder im 16. Lebensjahre 10 Arbeitstage, im 3. Lehrjahr oder im 17. Lebensjahre 8 Arbeitstage. Mit dieser Regelung ist die Absicht verbunden, den in seiner Schulzeit an mehrtägige Ferien gewöhnten Jugendlichen nicht zu plötzlicher Arbeitsbelastung auszuweichen, ihm vielmehr die Möglichkeit einer allmählichen Eingewöhnung in die anstrengende Berufsarbeit zu geben. Desto erstaunlicher wirkt auf uns die Beobachtung, daß in den großen Berliner Warenhäusern zwar die Urlaubs-einteilung für das erwachsene Personal schon vorgenommen ist, denjenigen Lehr- und Lehrlingsmädchen jedoch noch kein Urlaub zugeteilt wurde, die, jetzt erst der Schule entwachsen, am 1. April ihre Stellung antreten haben.

Es wird Sache der Eltern sein, dafür zu sorgen, daß ihren Kindern der zustehende Urlaub von 12 Arbeitstagen nicht verloren geht. Damit sich die Gewerkschaft auch dieser jugendlichen Angestellten annehmen kann, ist die umgehende Anmeldung bei der für die Warenhausangestellten in Frage kommenden Organisation, dem Zentralverband der Angestellten (Belle-Alliance-Straße 7/10), ein unbedingtes Erfordernis.

Deutsch-französische Verständigung — gegen die Arbeiter.

Saarbrücken, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschen und französischen Kapitalisten des Saargebietes haben sich einträchtig zu einer gemeinsamen Offensive gegen den Achtstundentag zusammengeschlossen. Die deutschen Rüstling-Werke kündigten 3000, die französische Dillinger-Hütte 8000 Arbeitern und Angestellten. Die Unternehmer wollen eine Herabsetzung der Preise für Kohle und Eisenbahnfracht erlangen. Sie behaupten, daß der jetzige Frankenkurs und die Kreditnot die Industrie des Saargebietes auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig mache. Gegen das Vorgehen der Unternehmer hat die saarländische Sozialdemokratie eine Große Anfrage im Landesrat eingebracht.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsbewegung: Erich Schulz; Sozialdemokratie: Dr. John Schlimm; Dialekt und Satire: Felix Karstadt; Anzeigen: H. Gleditsch; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O., Lindenstraße 3.

Portag

Kindersportwesten, reine Zefirwolle
Gr. 3 Mk. 5.80, Gr. 4 Mk. 7.25, Gr. 5 Mk. 8.25, Gr. 6 Mk. 9.50

Kunstseidene Damenstrümpfe
Florrand u. Mohle
klares Gewebe, großes Farbensortiment Mk. 1.95

Wilmaersdorferstr. 121

J. Baer

Berlin N, Badstr. 26
Ecke Prinzenallee
Fernsprecher: Ami Moabit 2443

empfehlen wie bekannt in reellster Ausführung und zu allerbilligsten Preisen das große Lager fertiger moderner und solider Herren- und Knaben-Garderobe für jede Figur passend sowie das reichhaltige Stofflager zur eleganten Anfertigung nach Maß.

Tadellosere Sitz u. Beste Zutaten
Sport- und Berufskleidung
Eleg. Gabardine-, Gummi- und Lodenmäntel in allen Preislagen.



Marke „Bernhard“

bedeutet **= gut und billig!**



Nr. 1



Nr. 2

Gabardine - Kostüme	69 ⁰⁰
reine Wolle	
Donegal - Kostüme	29 ⁷⁵
tadellos	48 ⁰⁰
Tuch - Mäntel	25 ⁷⁵
schön	
Covertcoat - Mäntel	13 ⁷⁵
sehr schön	29 ⁷⁵
Cheviot - Röcke	5 ⁷⁵
reine Wolle	
Blusen	3 ⁹⁵
das Schönste	5 ⁷⁵ 4 ⁹⁰

Kleider in Protte, Gabardine, Volle von **6⁷⁵** an

Von 1 bis 3 1/2 geschlossen!

Einkauf

jetzt günstig
in Teppichen
Brücken · Gardinen
Möbelstoffen
Tisch- und
Diwandecken
Steppdecken usw.

Deutsches Teppichhaus

Emil Lefèvre

Über 40 Jahre im Stammbaum
nur Oranienstr. 158
nirgends Filialen!

Hier

der Beweis
unserer Billigkeit



6.90

Damen-Halbschuh · Qualitätsware
Modern · Elegant



8.90

Herren-Stiefel · Qualitätsware
Passrecht · Modern

KOWA

SCHUHE · PRINZEN-STR. 79

W. Bernhard Nachf.

SPEZIALHAUS FÜR DAMEN-KONFEKTION
Berlin, Belle-Alliance-Straße 105 u. 101, direkt am Halleschen Tor

Läuferstoffe · Teppiche

in Velour, Bouclé, Kokos — Diwan-Decken

Linoleum

als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche
in großer Auswahl

Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen

Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten

G. Bargende, Charlottenburg

Windscheidstr. 11 (Ecke Postallee) | Wilmaersdorfer Str. 79 (Alte Karlsruherdamm)
Fernsprecher: Wilhelm 2730 | Fernsprecher: Steinplatz 4194

Resto-Haus

C. Pelz

Kottbuser Str. 5

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe

Mäntel, Kostüme
Röcke

2 1/2 Rabatt!

Möbel!

Müller

Berlin C., Alexanderstr. 21. Tel. Ipt. 1177

Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer, sowie
Einzelmöbel ab Fabrik zu billiger, Preis.

Frage:
**Wo kaufe ich billig
Schokoladen?**

Antwort:
Nur bei
Eisen & Diamant
Kaiserstraße 4.

Abteilung II:
Zigaretten - Engros - Vertrieb
Andreasstr. 13 (Schles. Bahn.)

Strumpfwaren u. Trikotagen

In Qualitätsware, große Auswahl
zu billigen Preisen, kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 220
a. d. Weichselstraße.
Vorzeiger dieses Insaar 2 1/2 Rabatt.

Bezugs-Kleidung

Gut u.
billig

Gottlieb Weiss

SCHÖNEBERG Hauptstr. 161